

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Verlagsbuchhandlung  
Dresdener-Gesellschaft 25 241.  
Zur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich M. 3.—.  
Die 10p. Ausgabe vom 1. Juli 1922, außerhalb Sachsens M. 4.—, Familien-  
angehörigen, Angehörigen von Eltern und Wohnungsgenossen, 10p. Ausgabe An- und Ver-  
läufe die Seite M. 3.—, Borgungspolizei laut Tarif. Anwerdliche Beiträge gegen  
Vorauszahlung. Einzelpreis des Abendblattes M. 1.50.

Schriftleitung und Druckerei:  
Mariehofstraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## „Die fürchterliche Lage Deutschlands.“

### Ein amerikanischer Bericht über Deutschland

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Paris, 10. Juli. Der katastrophale Sturz der Mark beginnt unmerklich in den maßgebenden alliierten Kreisen größte Aufmerksamkeit zu erregen, und man sucht eifrig nach Mitteln, um einem weiteren Einfallen der Mark Einhalt zu gebieten. Aus Washington wird gemeldet, daß die englische Regierung an den amerikanischen Botschafter in London, Garson, die Aufforderung gerichtet habe, er solle die Vereinigten Staaten einladen, geeignete Mittel anzugeben, um der finanziellen Katastrophe Deutschlands vorzubeugen. Hierüber war bisher zwar keine offizielle Bestätigung zu erhalten; es wird jedoch bekannt, daß der amerikanische Handelsattaché bei der Botschaft in Berlin einen eingehenden Bericht über die fürchterliche Lage Deutschlands an die amerikanische Regierung gerichtet hat. Der „New York Herald“ teilt mit, daß dieser Bericht außerordentlich alarmierend in den Vereinigten Staaten gewirkt und in maßgebenden Kreisen schwere Beschränkungen für die deutsche Republik hervorgerufen habe. In den Staatsdepartementen interessiert man sich außerordentlich dafür, was Frankreich zu tun gedenkt, halte es jedoch für wahrscheinlich, daß auch Frankreich geneigt sei, einem Erlaßens Deutschlands um ein neues Moratorium nachzukommen.

Verfahren wäre, oder sie würden beschließen, spezifizierbare Sachleistungen anzunehmen. Die Hauptsache aber sei, daß die Gesamtschuld Deutschlands auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werde. (W. Z. B.)

Paris, 10. Juli. Laut „Petit Parisien“ sind bei der getriggen Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré außer verschiedenen Fragen, die wie die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Österreichs und die Konferenz im Haag, nur geäußert wurden, vor allem vier große Probleme behandelt worden, die Frage von Tanager, das Stahlnetz von Palästina, insbesondere das für die heiligen Stätten, das Problem des nahen Ostens und die Reparationsfrage. Was die Reparationsfrage anbelangt, so bemerkte Schanzer, daß nach seiner Ansicht eine baldige allgemeine Aussprache wünschenswert erscheine. Poincaré sprach jedoch keine Ansicht dahin aus, daß diese Verhandlungen auf keinen Fall beginnen könnten, bevor der augenblicklich in Berlin zweifels Organisations der Kontrolle der deutschen Finanzen weilende Garantieauskunft seinen Bericht den Regierungen übermitteln habe. Es scheint, daß man von allen Seiten dahin übereingekommen sei, daß die Frage der interalliierten Schulden in dem Maße, in dem sie mit dem allgemeinen Reparationsproblem verbunden seien, nicht mit Aussicht auf Erfolg berührt werden könne, wenn Amerika seinen augenblicklichen Standpunkt nicht aufgeben. (W. Z. B.)

### Wieder eine Frau im besetzten Gebiet verschwunden.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Bingen a. Rh., 10. Juli. Nach in der Fall von Bingen bei Bingen, wo ein achtjähriges Mädchen abhandeln kam, nicht aufgeklärt, und schon wieder ist eine Frau, und zwar die ledige Elise Weiner aus Rempten bei Bingen, 40 Jahre alt, verschwunden. Sie wollte über die Heilbrunnbrücke nach dem Krankenhaus in Weissenheim, ist dort aber nicht eingetroffen und auch nicht wieder zurückgekehrt.

### Der Rückgang der französischen Kostrennungsbewegung im Rheinland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Bonn, 10. Juli. Die Rheinische Republik des Herrn Smets hat ihr Erscheinen eingestellt. Den Vorsitzern des Sondertribunales ist der für das kommende Quartal eingezahlte Beitrag mit dem Bemerkten zurückgegeben worden, daß die Zeitung nicht mehr erscheine.

### Ein „schwarzes Kabinett“ in Bonn.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Köln, 10. Juli. Bei den Vorkantalen in Bonn ist eine Ueberwachungskommission für Briefsendungen durch die Besatzungsbehörde eingerichtet worden.

London, 10. Juli. „Westminster Gazette“ meldet aus New York: Die amerikanische Regierung beobachtet die Entwicklung in Deutschland mit unmerklichem Interesse. Es könne auf Grund zuverlässiger Meldungen gelagt werden, daß die Vereinigten Staaten, falls die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Reparationszahlungen nicht in der Weise geändert werde, daß Deutschland Sicherheiten für eine ausländische Anleihe bieten könne, kein Geld mehr geben würden. Die amerikanische Presse halte im allgemeinen mit ihrem Urteil über die gegenwärtige Lage zurück.

### Der Plan der neuen Reparationskonferenz.

London, 10. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hält eine baldige Zusammenkunft der alliierten Finanzminister und der Reparationsfachverständigen für unvermeidlich. Dabei würden vielleicht mit Rücksicht darauf, daß der Sturz der Mark auch andere Länder nicht nur im Westen sondern auch im Osten und Südosten Europas in Mitleidenschaft ziehe, noch einige andere Staatsoberhäupter des Verfallenen Vertrags zur Teilnahme eingeladen werden, als die, welche im allgemeinen im Obersten Rate vertreten seien.  
In einem Vortragsartikel schreibt „Westminster Gazette“: In Frankreich wachte das Verständnis dafür, daß es hoffnungslos sei, das Reparationsproblem in der bisherigen Weise zu behandeln. Die Alliierten würden vielleicht entscheiden, ob ein Moratorium für zwei oder drei Jahre zu bewilligen sei, was wahrscheinlich das beste

Regierungsüberbauung ist noch nicht entschieden, da die Sozialdemokraten erst den Verlauf ihrer heutigen Nationaltagung abwarten zu müssen erklären. Wahrscheinlich wird während der Vollstreckung des Reichstags, die um 5 Uhr ihren Anfang nimmt, interfraktionell weiter verhandelt.

### Der 11. August als Nationalfeiertag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 10. Juli. Die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten haben im Reichstag einen Beschlusses eingebracht, wonach der Verfassungstag, der 11. August, Nationalfeiertag des deutschen Volkes sein soll. Er soll staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung sein. An dem Nationalfeiertag sollen im Gebiete des Deutschen Reichs alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben beflaggt und in allen Schulen für Lehrer und Schüler verbindlich und der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern veranstaltet werden.

### Berlin gegen München.

Die Reichsregierung hat in einer Note nach München nachdrücklich ein Verbot der Regimentsfeierlichkeiten, das Bayern bisher nicht erlassen hat.

### Internationaler Arbeiterschutz für die Republik.

Berlin, 10. Juli. Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes teilt, wie der „Vorwärts“ berichtet, am Sonntag in Berlin in einer außerordentlichen Sitzung und befaßte sich mit der Frage, in welcher Weise die Arbeiterschaft aller Länder dem deutschen Proletariat in seinem Kampfe gegen Monarchismus und Reaktion wirksame Unterstützung leisten könne. Zu diesem Zwecke richtete das Bureau einen Aufruf an alle dem internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Landeszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, worin diese aufgefordert werden, in ihren Ländern möglichst großen Einfluß dahin auszuüben, daß alles unterlassen werde, was die monarchistische und reaktionäre Propaganda in Deutschland unterstützen könne, und daß alles getan werde, um die demokratischen und republikanischen Bestrebungen zu unterstützen und zu stärken. Das Bureau beschloß, die sozialistische Zweite Internationale und die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Wien zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen, um eine einheitliche Aktion zur Bekämpfung der Reaktion in Deutschland herbeizuführen. Diese Tagung soll am 18. d. Mis. in Amsterdam stattfinden und auch Stellung nehmen zur Frage der Abänderung des Versailler Vertrages und zur Reparationsfrage.

### Die deutsche Denkschrift über die Kohlenlage

Wie vor einigen Tagen gemeldet, ist von deutscher Seite eine Denkschrift über die Kohlenlage ausgearbeitet und der Reparationskommission zugestellt worden. In dieser Denkschrift wird eingehend begründet, warum die Erfüllung der deutschen Kohlenverpflichtungen der Reparationskommission gegenüber in letzter Zeit auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen mußte. Es wird darauf hingewiesen, daß die Abtretung Oberschlesiens die deutsche Wirtschaft in einer außerordentlich kritischen Lage trifft. Mit Obereschlesien gehen Deutschland 20 Prozent seiner Gesamtsteinkohlenförderung verloren, im Jahre eine Menge von 33 720 000 Tonnen, monatlich 2 450 000 Tonnen, wenn man den Verbrauch der Industrie, des Hausbrandes, der Eisenbahn usw. im abgetretenen Teil mit 35 000 Tonnen veranschlagt. Mit dem augenblicklichen Förderverlust von 35 000 Tonnen arbeitsfähig beläuft sich der monatliche Anfall in der deutschen Kohlenwirtschaft jedoch auf 4 325 000 Tonnen, der somit erheblich größer ist, als das gesamte Programm der Reparationskommission. Die Reparationskommission wird naturgemäß diesen veränderten Verhältnissen Rechnung tragen müssen.

Das äußerst mögliche Maß für die Form, in welcher diese gefordert kann, wäre nach Auffassung der Reichsregierung die Kürzung des letzten Vierjahresprogramms von 1,916 Millionen Tonnen um 20 Prozent für den Ausfall Oberschlesiens und um 10 Prozent für den Rückgang der Förderung besonders an der Ruhr. Diese 30 Prozent ergeben einen Abzug von circa 750 000 Tonnen oder eine Programmmenge von 1,340 Millionen Tonnen. Der Umstand, daß die Reparationskommission sich daran gewöhnt hat, sich zuerst mit den besten Kohlenorten einzudecken, zwingt außerdem zur Beantragung eines anderen Sortenprogramms, durch welches die deutschen Bedürfnisse besser gedeckt werden. Hier muß besonders auf eine Ermäßigung der Kohlenmengen behauptet werden, sowie auf Heranziehung der Braunkohlenbräunste. Letzteres Brennmaterial fand in den letzten Programmen eine immer geringere Berücksichtigung, so daß zurzeit praktisch nur circa 30 000 bis 40 000 Tonnen geliefert werden. Dieses Quantum entspricht nicht im entferntesten einer gerechten Verteilung der Kohlen auf die verschiedenen Sorten und Reviere.

### Aus der Notwendigkeit der Einfuhr ausländischer Rohle

überhaupt wird am besten die Unhaltbarkeit der deutschen Kohlenlage erwiesen. Es sind im Monat Juni d. J. rund 1,2 Millionen Tonnen fremder Kohle eingeführt worden gegenüber einer Menge von circa 750 000 Tonnen monatlich im Frieden. Wenn auch in einigen wenigen Sorten eine Preisangleichung zwischen einheimischer und deutscher Kohle in allerletzter Zeit eingetreten ist, so ist doch das Einfuhrgeschäft in der Hauptsache abhängig von der Weltlage der Baltica. Wenn trotz des unzureichenden hieraus entspringenden Risikos sich die deutsche Eisenbahn und die deutsche Industrie mit einheimischer Kohle eindecken, so ist hieraus ganz besonders die Rohleisenerzeugung zu erkennen. Transportkosten erlauben sich hierdurch Anomalien, wie z. B. die Lieferung von deutscher Kohle auf Reparationskonto nach Rotterdam und die Vereinnahmung von einheimischer Kohle derselben Sorte auf denselben Bahnen für die rheinisch-westfälische Industrie und den übrigen deutschen Verbrauch.

### Tschechischer Ueberfall auf deutsche Turner.

Franz, 8. Juli. Nach einer Meldung des tschechischen Pressenbureaus wurden deutsche Turner, die sich in einem Sonderzuge an einem Turnertag nach Aromon begeben, gehen nach in der Station Wiele Oberleutersdorf von einer Menge von 150 Personen angegriffen, die größtenteils „Trifolore“ abzuleben. Als die Turner dieses ablehnten, kam es zu einem schwarzen Zusammenstoß, wobei auf Seiten der Turner 14 Personen verletzt wurden. Den Turnern wurden drei Verwundeten weggenommen.

Franz, 9. Juli. Die deutschen Mütter melden übereinstimmend, daß die anreisende Menge mit Knäueln, Eisenkugeln, Steinen und anderen Kampfwerkzeugen bewaffnet war. Den aus dem Schlafe awachten Turnern wurden ihre Abzeichen, Anzüge usw. entzissen, die beatehenden Frauen wurden ausgeplündert. 21 Verwundete wurden festgehalten, von denen einer transportunfähig war. Argend eine Provokation lag nicht vor. Der Zug trug keine nationalen Fahnen oder Embleme. Nach dem „Tagblatt“ bildeten den Hauptteil der Anreißer tschechische Fernarbeiter aus der Umgegend.

### Scheidemann gegen die Koalition mit der Volkspartei.

Frankfurt a. M., 9. Juli. Scheidemann sprach heute in dem dicht gefüllten Saale des Palmengartens über die Entwicklung der politischen Zustände Deutschlands seit 1918. Einer der größten Fehler von 1918 sei der gewesen, die Freiheit der Preise aufrechtzuerhalten. Gegen die Reaktion müsse der Kampf bis aufs Messer geführt werden. Zur Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Koalition sprach sich Scheidemann ablehnend aus. Was man brauche, sei die Hilfe des christlichen demokratischen Bürgertums. Die sozialistischen Parteien allein seien nicht in der Lage, das Deutschland zu repräsentieren, mit der auch die Entente ländern, mit denen man noch sehr hart rechnen müsse, verhandeln würden. Dieses Bürgertum müsse man gern und freudig willkommen heißen. Die Einigkeit unter den Arbeitern schreite fort. Sie seien zum Kampf auch mit geistigen Waffen bereit, aber die Arbeiterschaft scheue auch den anderen Kampf nicht, wenn er ihr aufzwingungen würde. Schließlich meinte Scheidemann, man sollte an das Volk appellieren und den Reichstag auflösen. (W. Z. B.)

### Zeitungsverbot.

Berlin, 10. Juli. Der Oberpräsident von Hannover hat das Erscheinen des „Höltlinger Tagblattes“ auf drei Wochen verboten.

### Die Reichsregierung gegen weitere Demonstrationen.

Die Reichsregierung hat die Berliner Gewerkschaften erneut dringend gewarnt, am Dienstag Demonstrationen zu veranstalten, da die Gefahr neuer Unruhen vorliege. Die Polizei ist angewiesen, bei Demonstrationen gegen Gewalttätigkeiten einzuschreiten. Aufsehend wollen gewisse Kreise mit den Demonstrationen auch Gehaltsaufbesserungen durchsetzen. Die Regierung bemüht sich auch sehr nachdrücklich für die Beendigung des Berliner Zeitungsstreiks, der ihr gefährlich zu werden beginnt.

Berlin, 10. Juli. Ein Aufruf der Reichsleitung der Demokratischen Partei wendet sich gegen die in einzelnen Vorbestritten geplanten Generalstreiks und Feuerungstun-gebungen. In dem Aufrufe heißt es: Wer sich an Kundgebungen dieser Art beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsauffassung und dient der Gewalttätigkeit, die letzten Endes immer reaktionär ist. Wir ermahnen alle demokratischen Republikaner, jede Beteiligung an solchen Kundgebungen abzulehnen. (W. Z. B.)

### Keine Demonstrationen am Dienstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 10. Juli. Um die Mittagszeit sind die Sozialdemokraten versammelt, um Stellung zum Geschehen über den Sturz der Republik zu nehmen. Entgegen anderweitigen Nachrichten wird erklärt, daß morgen keine Demonstrationen geplant sind.

### Regierung und Zeitungsstreik.

Nach bis spätens Dienstag früh keine Einigung im Zeitungsstreik erfolgt, will die Regierung ein-greifen und die Herausgabe einer Einheitszeitung veranlassen, damit der gefährlichen Verwüstung entgegengetreten werden kann. Die Regierung hat Schutzmaßnahmen für die Berliner Zeitungs-betriebe für den Dienstag durch die Polizei vorgesehen, da angeblich Absichten bei den Streikenden bestehen, gegen die Betriebe Gewalttätigkeiten zu verüben.

### Die interfraktionellen Verhandlungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 10. Juli. Die heute vormittag im Reichstag stattgefundenen interfraktionellen Verhandlungen, an denen der Reichskanzler und der Verkehrsminister teilnahmen, hatten das Amnuchle-gesehe zum Gegenstand. Die Sozialdemokraten verlangten, daß auch die Eisenbahner unter das Amnuchle-gesehe fallen sollten, die im Zusammenhang mit dem Eisenbahner-streik gemahnt worden sind. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten sich dagegen. Einigkeitlich der